

Antrag

der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, Heidrun Dittrich, Werner Dreibus, Klaus Ernst, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Kornelia Möller, Yvonne Ploetz, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Die finanzielle Deckelung von Reha-Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung aufheben – Reha am Bedarf ausrichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die steigende Anzahl an älteren Beschäftigten sowie an Beschäftigten mit Behinderung erhöht den Bedarf an Leistungen der Rehabilitation deutlich. Die zunehmende Arbeitsverdichtung sowie die Verlängerung des Erwerbslebens durch die Rente erst ab 67 verstärken diesen Trend noch. Die gesetzliche Rentenversicherung darf aber nur einen politisch willkürlich festgesetzten Betrag für Reha-Leistungen ausgeben. Durch diesen Finanzierungsdeckel werden die Leistungen zur Teilhabe also nicht am tatsächlichen Bedarf der Betroffenen bemessen. Vielmehr unterliegen diese Maßnahmen einem politisch motivierten Spardiktat.

Die Situation spitzt sich nun zunehmend zu: Der finanzielle Rahmen ist nahezu ausgeschöpft. Die Rentenversicherungsträger sind daher kaum noch in der Lage in ausreichendem Umfang Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Sicherung des Unterhaltes zu gewähren. Das Ziel, den vorzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben zu verhindern oder möglichst dauerhaft eine Wiedereingliederung zu erreichen, kann nicht mehr im erforderlichen Umfang erreicht werden. Deshalb sollte das System überdacht werden, „um sicherzustellen, dass die notwendigen Rehabilitationsleistungen auch wirklich erbracht werden können“, fordert so auch der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Dr. Herbert Rische (ihre-vorsorge.de vom 1. August 2011).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Deckelung der Reha-Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung umgehend aufhebt und die Leistungen zur Teilhabe am Bedarf der Betroffenen ausrichtet und nicht an einem politisch willkürlichen Ausgabendeckel.

Berlin, den 5. September 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

